

zung des europäischen Warenaustausches ergeben, bei dieser Gelegenheit erneut erörtert werden.

## 2. Zollfreiheit von Betriebsstoffen für Motorfahrzeuge bei Grenzüberstreichungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft.

**Erläuterung:** Die Verwendung von Motorfahrzeugen im europäischen Verkehr hat auf allen in Betracht kommenden Gebieten — zu Lande, zu Wasser und in der Luft — in den letzten Jahren in außerordentlichem Maße zugenommen, ohne daß die europäischen Staaten auf dem Gebiete ihrer Zollbestimmungen, insbesondere hinsichtlich der Gewährung von Zollfreiheit für die Motorbetriebsstoffe im grenzüberschreitenden Verkehr dieser Entwicklung sämtlich in vollem Maße Rechnung getragen hätten. Dieser Umstand hat auch diejenigen europäischen Staaten auf dem Gebiete ihrer Zollbestimmungen, die an sich geneigt wären, den sich aus dieser Verkehrsentwicklung ergebenden Bedürfnissen zu entsprechen, von einer Regelung dieser Frage bisher abgehalten. Eine einheitliche Regelung, die den europäischen Verkehrsbedürfnissen und den statistischen Interessen der europäischen Länder in gleichem Maße Rechnung zu tragen hätte, erscheint daher erwünscht.

## Wieder aktive Handelsbilanz.

### Jedoch sinkende Rohstoffeinfuhr.

Die deutsche Ausfuhr hat gegenüber dem Monat Februar im März erheblich zugenommen. Sie betrug im März 218 Millionen, im Februar 128 Millionen. An sich ist es sehr erfreulich, daß sich die Ausfuhr um 100 Millionen vergrößert hat, aber der Gewinn aus dieser Ausfuhr ist nur verhältnismäßig gering, da Deutschland zu jedem Preise ausführen muß. Sehr bedenklich stimmt, daß die Einfuhr im März noch weiter zurückgegangen ist. Sie betrug im Januar dieses Jahres noch 717 Millionen Mark, im Februar 620 Millionen Mark, im März nur noch 604 Millionen Mark. Besonders hart ist in den letzten Monaten die Lebensmitteleinfuhr zurückgegangen, aber auch die der Rohstoffe. Noch im Januar führte wir 576,4 Millionen Mark Rohstoffe ein, im Februar 331,4 Millionen, im März nur noch 297,3 Millionen. Die Rohstoffeinfuhr betrug im Jahre 1927 monatlich im Durchschnitt 600 Millionen, 1928 600 Millionen, 1929 ebenfalls 600 Millionen, 1930 400 Millionen. Wenn jetzt im März die Rohstoffeinfuhr hinter ein bisher noch gar nicht für möglich gehaltenes Maß heruntersinkt, dann sieht man, wie gering der Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie ist. Allerdings darf nicht verkannt werden, daß trotz sehr stark sinkender Rohstoffeinfuhr die Fertigwarenausfuhr zugenommen hat. Allerdings muß man dabei berücksichtigen, daß der größte Teil der eingeführten Rohstoffe wieder in verarbeitetem Zustand nach dem Ausland exportiert wird. Nur ein kleiner Teil der eingeführten Rohstoffe bleibt für den Inlandsverbrauch. Trotz der außerordentlichen Zusammenziehung des Weltmarktes konnte Deutschland seine Ausfuhr fast in vollem Umfange aufrechterhalten. Daß sich die Einfuhr auf einem so geringen Stand hält, läßt erkennen, daß der Verbrauch im Inland augenblicklich außerordentlich gering ist, und daß jeder seine Bedürfnisse so weit wie möglich einschränkt. Die Läger sind in Deutschland im allgemeinen leer, weil sich jeder danach richtet, größere Warenmengen auf Lager zu nehmen. Trotzdem werden keine Rohstoffe nach Deutschland eingeführt. Selbst die allerbesten Fachleute können sich nicht erklären, warum wir keine Rohstoffe nach Deutschland einführen, obwohl man doch allgemein damit gerechnet hatte, daß jetzt die große Auffüllung der Lager einsetzen werde. Aber die deutsche Wirtschaft denkt scheinbar noch nicht daran, die Lagerbestände zu ergänzen. Man soll sich über die Zunahme der deutschen Ausfuhr keinen trügerischen Hoffnungen hingeben. Es handelt sich doch in erster Linie um Notverkäufe, die weit unter Selbstkostenpreis getätigt werden.

## Wozu in Deutschland sozialisiert wird.

Bekanntlich ist durch Reichstagsbeschluß vor kurzem einem Zweige des Mittelstandes, nämlich der privaten Stellenvermittlung das Lebenslicht ausgeblasen worden. Dieser Akt der Gesetzgebung ist mit Recht als ein Ausfluß mittelstandsfeindlicher Politik gekennzeichnet worden. Jeder, der die private Stellenvermittlung in Anspruch genommen hat, weiß genau, daß er dort mit verhältnismäßig geringen Mitteln größtenteils das fand, was er suchte. Die Sozialisierung dieses Gewerbes gewinnt aber eine noch erschreckendere wirtschaftliche Bedeutung, wenn man sich einmal vergegenwärtigt, welche Kosten die öffentliche Arbeitsvermittlung verursacht, die nach dem Titel des Gesetzes, nach allen seinen Kommentaren und nach den Ausprüchen der leitenden Männer die Hauptaufgabe der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherungsbehörden ist. Aus rechtlich durchsichtigen Gründen werden die Kosten der öffentlichen Arbeitsvermittlung nicht besonders verbucht, sondern sie erscheinen in der Spalte „Kosten der Arbeitsämter usw.“ zusammen mit den Kosten aller anderen Verwaltungszweige. Weiterhin muß man dazu noch das Konto „Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit“ rechnen. Die Reichsanstalt hat in ihrem Bericht für das Jahr 1929 den Kostenanteil für die Vermittlungstätigkeit an den Gesamtverwaltungsstellen auf 43 Millionen RM. geschätzt. Derselbe Betrag wird für das Jahr 1930 angenommen. Rechnet man dazu als Ausgaben zur Beendigung der Arbeitslosigkeit noch 28 Millionen RM., so beansprucht die öffentliche Arbeitsvermittlung insgesamt rund 70 Millionen Reichsmark jährlich.

Die Zahl der durch die Arbeitsbehörden vorgenommenen Vermittlungen befreit sich auf 4 195 000, wovon aber noch 1 552 500 Vermittlungen von Ausschleustellungen abzuziehen sind. Es wurden also 78 Millionen RM. ausgegeben, um 2 643 000 Arbeitslose in festen Stellen unterzubringen. Somit kostete jede Vermittlung 29,35 RM., oder falls man die Ausschleustellungen einbezieht, immer noch 18,58 RM. Nun versteht man es, weshalb die Kosten der Vermittlungstätigkeit mit anderen Ausgaben zusammengeworfen und damit unkontrollierbar gemacht werden! Wenn sich die private Stellenvermittlung derartige „Unkosten“ — von „schönen Profiten“ gar nicht einmal zu reden — erlauben wollte, dann hätte sie wahrlich nicht erst durch den Zwang des Gesetzes befehligt zu werden brauchen. Dann wäre sie nach den Gesetzen der Wirtschaft an ihrer eigenen Unwirtschaftlichkeit zugrunde gegangen.

Dabei ist aber noch zu beachten, daß die Vermittlungstätigkeit sich in der Hauptsache nicht durch die Arbeitsämter vollzieht. Sie vermittelt bestenfalls einen Teil der von ihnen Unterstügten. Der größte Teil der Reueinstellungen vollzieht sich, besonders solange der Betreffende noch nicht arbeitslos ist, auf andere Weise als durch Telefonanruf beim Arbeitsamt und dort durch Aufruf einer Nummer. Besonders wer qualifizierte oder Vertrauen erheischende Arbeits-

plätze zu befehlen hat, scheut die schematische Vermittlung der Arbeitsämter. Sachlich bestände deshalb jeder Grund, die nicht amtliche Stellenvermittlung auch weiterhin ihre volkswirtschaftliche Aufgabe erfüllen zu lassen und die amtliche Vermittlung auf unqualifizierte Kräfte zu beschränken. Auf diesem Wege könnten erhebliche unproduktive Ausgaben eingespart werden.

## Die Revolte in der SPD.

Berlin, 18. April. (Eig. Draht.) Innerhalb der sozialdemokratischen Partei steht bekanntlich für den Leipziger Parteitag Ende Mai eine Auseinandersetzung über die Grundfragen der Tagespolitik bevor. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den „Disziplinbruch“ der neun Reichstagsabgeordneten bei der Abstimmung über das Panzerschiff B dem Parteitag zur weiteren Behandlung überwiesen. Jetzt hat, nachdem bereits mehrere sozialdemokratische Landesorganisationen für und wider die Haltung der Reichstagsfraktion Stellung genommen haben, sich auch der Bezirksverband Zwickau-Blauen zum Worte gemeldet und die Reichstagsfraktion gewarnt, auf dem beschrittenen Wege weiterzugehen. Nach seiner Meinung ist eine klare Klassenkampfpolitik das Gebot der Stunde. Einer der Disziplinbrecher, der Reichstagsabgeordnete Sendewitz, hat in einem Referat gegenüber dem bekannten Wort des Abgeordneten Schöpflin bei der Reichstagsdebatte über den Wehretat folgenden klassischen Satz geprägt: „Ich gehe lieber zehnmal mit den kommunistischen Arbeitern, als einmal mit den Reichswehrgeneralen“. Der Versammlungsbericht der „Volkszeitung für das Hochland“ verzeichnet bei diesen Worten „langanhaltenden stürmischen Beifall und Bravorufe“. Man darf ohne weiteres voraussetzen, daß Herr Sendewitz, der sich in seiner Reichswehrfeindlichkeit offenbar dem bekannten „Best“-Seger anzunähern wünscht, für seine Klassenkampferische und vaterlandsfeindliche Politik innerhalb der SPD, besonders bei dem unabhängigen Flügel auf starke Gegenliebe stößt. Mehrere SPD-Organisationen führen bereits eine drohende Sprache und erklären, daß sie sich eine Wahrung oder gar einen Ausschluß der Disziplinbrecher unter keinen Umständen gefallen lassen würden.

Diese Klärung innerhalb der SPD ist unter allen Umständen zu begrüßen, da sie endlich einmal Gewißheit darüber verschaffen wird, welcher Flügel innerhalb dieser Partei den Ton angibt, die wenigen Abgeordneten, die wie Schöpflin bewußt wehrfreundlich sind, die große Masse derer, für die die Wehrpolitik lediglich ein Ruhandelsobjekt ist, oder die bewußt wehrfeindliche Richtung, die jetzt in Sachsen große Töne redet.

## Gestohlene Dynamitpatronen die Ursache des Schwelmer Grubenunglücks.

### Beziehungen zur kommunistischen Sprengstoffzentrale?

Nachen, 17. April. Eine Maßnahme der Oberstaatsanwaltschaft, die vielleicht in ursächlichem Zusammenhang mit der Aufdeckung einer kommunistischen Sprengstoffzentrale in Berlin steht, erregt hier berechtigtes Aufsehen. Der Oberstaatsanwalt in Nachen hat eine Bekanntmachung erlassen, die sich mit den Sprengstoffunden auf Grube Schwelmer Reserve befaßt, die im einzelnen aufgeführt werden. Es heißt dann weiter:

Nach den bisherigen Ermittlungen muß angenommen werden, daß diese Sprengstoffe in der Grube entwendet und dafelbst in der Absicht versteckt worden sind, sie zu verbrecherischen Zwecken zu verwenden. Es besteht auch der begründete Verdacht, daß Sprengstoffe, die in der Grube gestohlen worden sind und in ihr verborgen waren, zu der Explosion geführt haben, die sich am 21. Februar 1931 im Revier 12 ereignete und 32 Bergleuten das Leben kostete. Es ist eine Belohnung von 2000 M. ausgesetzt für den, der den oder die Täter so namhaft macht, daß sie gerichtlich belangt werden können. Es ist bekannt, daß auf der Grube Schwelmer Reserve in der Nähe des Katastrophenerdes Dynamitpatronen gefunden worden sind, die dort nichts zu suchen hatten. Dynamit wird nämlich im allgemeinen in der Grube zur Sprengung für Kohle nicht verwendet, sondern ein Sicherheits Sprengstoff, der so leicht keine Schlagwetter entzünden kann. Dynamitpatronen werden nur dann verwendet, wenn es sich darum handelt, Gesteinsmassen loszusprengen, also an Orten, wo mit dem Vorhandensein schlagender Wetter nicht zu rechnen ist. Es liegt daher die Vermutung nahe, daß die Dynamitpatronen an diesem Ort einem anderen Zweck dienen sollten. Es ist noch erinnerlich, daß schon im vorigen Jahre vom Reichsgericht zwei Bergleute zu einer Zuchthausstrafe verurteilt wurden, die Dynamitpatronen entwendet und zum Teil im Prospektwald vergraben hatten mit der Absicht, Handgranaten für revolutionäre Zwecke herzustellen.

## Zusammenschluß Spaniens und Portugals.

London, 18. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die Idee, eine große iberische Republik durch Zusammenschluß von Spanien und Portugal zu schaffen, soll nach den Beobachtungen des nach Spanien entsandten Sonderkorrespondenten des Daily Herald besonders in Barcelona, aber auch in anderen Teilen Spaniens, immer mehr Anhänger finden.

## Verhaftung General Berenguers.

Madrid, 18. April. (Draht.) Nach einer Mitteilung aus autorisierter Quelle hat sich General Berenguer, der ehemalige Ministerpräsident und Kriegsminister im letzten monarchischen Kabinett, gestern abend den republikanischen Behörden in Madrid gestellt, die seine Festnahme angeordnet haben.

## Unruhen in Sevilla?

London, 18. April. (Draht.) Nach Meldungen aus Gibraltar haben in Sevilla Unruhen stattgefunden, bei denen es zu Schießereien zwischen Polizei, Zivilgarde und Soldaten gekommen sei.

## Zuspitzung der Lage auf Madeira.

London, 18. April. (Draht.) Die jüngsten Blättermeldungen aus Funchal (Madeira) zufolge ist das Entladen von Schiffen im dortigen Hafen nunmehr völlig unterbrochen. Das in der Ferne am Horizont sichtbare Kanonenboot blockiert den Hafen; trotzdem kann man von einer ernstlichen Lebensmittelmangel bis jetzt noch nicht sprechen, dagegen besteht Mangel an Brennstoffen, so daß auch der Verkehr an Elektrizität eingeschränkt worden ist. Im allgemeinen spitzt sich die Lage zu. Die Arbeitslosigkeit ist gewachsen. Funchal mit seiner normalen Einwohnerzahl von 65 000 ist nunmehr fast eine Stadt ohne Frauen, da die meisten von diesen in den Bergen Zuflucht gesucht haben. Man rechnet mit der Möglichkeit von Zwistigkeiten innerhalb der Stadt, vielleicht sogar mit einer gegenrevolutionären Bewegung, wenn erst einmal die Blockade stärker fühlbar wird. Dagegen glaubt man kaum an einen bewaffneten Zusammenstoß.

## Aus der Oberlausitz.

Bischofswerda, 18. April.

Keine Neuregelung der Unterstügungsdauer in der Arbeitsfürsorge. Nach den bestehenden Bestimmungen mußten am 28. März die Arbeitslosen, die an diesem Tag die neue Unterstügungsdauer von 32 Wochen oder 45 Wochen überschritten hatten, aus der Arbeitsfürsorge ausgeschleust werden. Von verschiedenen Seiten war nun die Verlängerung der Ausstufungsfrist für diese Arbeitslosen beantragt worden. Auch der Reichsrat hatte bei Verabschiedung des Reichshaushalts 1931 eine entsprechende Entschleunigung gefordert. Wie aber jetzt der Reichsarbeitsminister in einem Erlass mitteilt, habe es sich zu seinem Bedauern nach sehr eingehender Prüfung aus finanziellen Gründen nicht ermöglichen lassen, den Wünschen Rechnung zu tragen, so daß es bei der bisherigen Regelung bleiben muß.

Sein 25jähriges Jubiläum als Vorsitzender des Gastwirtsvereins Bischofswerda und Umgebung konnte dieser Herr Herr Fremdenbesitzer Otto Bobian hier, begehen. Dem Zentralblatt für das Deutsche Gastwirtsgerwerbe würdigt der Vorsitzende des Sächsischen Gastwirtsverbandes, Herr C. Selbke, die Verdienste des Jubilars um die Ständesorganisation mit folgenden Worten: „Das 25 Jahre in der Geschichte einer Organisation bedeuten, werden alle diejenigen erweisen können, die bisher ein solches Amt verwalteten. In vornehmer und echt kollegialer Art hat Kollege Bobian sein Amt verwaltet, und nach heute steht er in jugendlicher Frische an der Spitze seines Vereins und genießt das Vertrauen aller Mitglieder. Wir nehmen hierdurch Veranlassung, auch von Verband wegen unserem Kollegen Bobian unsere herzlichsten Glückwünsche darzubringen. Möge es demselben vergönnt sein, noch viele Jahre seinen Verein als Vorsitzender zu leiten und damit unseren Ständesbestimmungen zu dienen. Viele jüngere Kollegen können sich diesen wackeren Streiter zum Vorbild nehmen.“

Das Jugend- und Wohlfahrtsamt des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Bautzen hält am Montag, den 20. April, vormittags von 10 bis 12 Uhr, in Bischofswerda in der alten Bürgerschule, Schürplatz Nr. 6, Arztzimmer, Sprechstunde ab.

3,7 Millionen deutscher Radiotelenehmer. Nach einer Mitteilung der Reichsrundfunkgesellschaft sind am 1. April 1931 in Deutschland 3 731 681 Rundfunkteilnehmer gezählt worden, darunter befinden sich 134 131 Bände, Schwerriegesbesitz, Arbeitslose usw., denen die Gebühren entlassen worden sind. Gegenüber dem zuletzt mitgeteilten Stande vom 1. Januar 1931 (3 509 509) ist hiernach eine Zunahme von 222 172 Teilnehmern oder 6,3 v. H. zu verzeichnen. Seit dem 1. April 1930 hat sich die Teilnehmerzahl um 493 285 oder 15,2 v. H. erhöht.

Walder-Frauenvortrag. Zu einem in seiner Art seltenen Vortrag hatte der Privatgelehrte Hans Walder, Berlin, für gestern abend in die „Goldene Sonne“ eingeladen. Es ist schwer, das vielfach sehr heikle, aber notwendige Thema, das der Vortragende sich gestellt hatte, allgemeinverständlich und doch mit der besonders bei Frauen erforderlichen Diskretion so zu behandeln, daß das weibliche Geschlecht dadurch nicht verletzt wird. Herr Walder verstand es, die Krankheitserscheinungen in der für viele Frauen vorgezeichneten Alters- so kritischen Zeit in all ihren Einzelheiten mit großem Logikgefühl in Wort und Bild zu schildern und beherzigenswerte Ratschläge zu erteilen. In treffender Weise sah er das Thema mit behutsamen und doch festen Händen an und festsetzte sein weibliches Publikum reichliche drei Stunden. — In großen Grundzügen gab er ein Bild der verschiedenen Weiden und ihrer erfolgreichen Bekämpfung. Seine Methoden der Gesundheitspflege entnahmen den einfachsten Gesundheitsgesetzen, von denen die meisten — es sei nur der Begriff „Sauberkeit“ genannt — besonders den Frauen geläufig sein sollten. Der ganze Vortrag war ein einziger Kampf gegen die Gleichgültigkeit der Frau dem gesundheitlichen Zustand ihres Körpers gegenüber und schon von diesem Standpunkt aus hoch zu werten. Denn wie ja bei so vielen Krankheiten kann rechtzeitiges Erkennen und Behandeln von Frauenleiden zur vollständigen Heilung führen. — Lichtbilder und Vorführungen ergänzten den Vortrag, für den die Besucher am Ende Beifall zollten.

In der Generalversammlung des Gewerbevereins am Mittwoch, den 22. April, spricht Herr Syndikus Berndt, Zittau, über das Thema: „Warum gehört die Versicherungsanstalt der sächsischen Gewerbebeamten zu den wertvollsten Berufsstandesrichtungen des gewerblichen Mittelstandes?“ Der Gesamtverband hofft, daß dieser interessante Vortrag alle Mitglieder zum Besuch veranlaßt. Auch haben die Personen Zutritt, die Mitglieder der Gewerbebeamtenkasse Zittau sind. Die Versammlung beginnt wegen des Vortrages pünktlich 8 Uhr. Siehe Anzeige.

Benutzung staatlicher Personentransportwagen. Staatliche Personentransportwagen, die von der Dienststelle, der sie zugeteilt sind, vorübergehend nicht benötigt werden, können anderen staatlichen Verwaltungen und Beamten auf Anforderung zur dienstlichen Benutzung überlassen werden. Für diese Überlassung werden folgende Kilometerätze berechnet: 30 Pfennig für Wagen bis 5-Steuer-PS, 40 Pfennig für Wagen von 6 bis 10-Steuer-PS, 50 Pfennig für Wagen über 10-Steuer-PS. Für private Zwecke sollen staatliche Personentransportwagen in der Regel nicht benutzt werden.